

# **Wohncontainer für bis zu 40 Geflüchtete**

## **Antrag des Landkreises bei einer Gegenstimme gebilligt**

**Loiching.** (ko) „Die Unterbringung von Flüchtlingen ist kommunale Aufgabe der Gemeinde mit dem Landkreis.“ Bürgermeister Günter Schuster brachte den Sachverhalt auf den Punkt. Hintergrund dieser Aussage ist die geplante Unterbringung von bis zu 40 Geflüchteten (Kriegsflüchtlinge und/oder Asylbewerber) in einer vom Landkreis beantragten Containeranlage. Auch wenn der Bauherr der Freistaat Bayern ist, der hier durch den Landkreis vertreten ist: Der „Schwarze Peter“ liegt bei den Landkreisen und den Kommunen. Dies war auch Mitte vergangener Woche beim so genannten Flüchtlingsgipfel überdeutlich geworden.

Damit hat die aktuelle Thematik wiederum die Gemeinde Loiching erreicht, nachdem bereits 2016 eine Unterkunft für bis zu 32 Asylbewerber von einem privaten Bauherrn errichtet worden war. In den Hintergrund rückten die wenigen sonstigen Punkte der Tagesordnung. In seiner Maisitzung hatte sich jetzt das Ratsgremium in Loiching mit der Unterbringung Geflüchteter zu befassen.

### **Wohncontainer werden aufgestellt**

Im Gegensatz etwa zur Gemeinde Marklkofen, wo ein Zelt bereitgestellt worden ist, soll in der Gemeinde eine Wohncontaineranlage, ähnlich wie in Gottfrieding, entstehen. Zu stehen kommen soll der modulare Bau, in welchem Raum für bis zu 40 Geflüchtete geschaffen werden soll, direkt an der neuen Isarstraße (DGF 8 - neu) an der Südostecke des Gewerbegebietes unmittelbar angrenzend an die Flur der Stadt Dingolfing.

Laut Auskunft des Bürgermeisters werden für die Containeranlage etwa 400 Quadratmeter von der Flurnummer 883 der Gemarkung Loiching benötigt. Im südlichen Teil dieser Flurnummer wird von der Gemeinde eine Lagerhalle für Hackschnitzel und Gerätschaften errichtet. Auf Nachfrage erklärte der Bürgermeister, dass sich die dort unterzubringenden Geflüchteten entweder selbst versorgen müssen oder aber dies geschieht per Cateringservice. Wie das dann geregelt werde, sei aber Aufgabe des Landkreises. Weiterhin teilte Schuster mit, dass die gemeindeeigenen Container in die Planung einbezogen würden, da es sich um den gleichen Containertyp handele. Der Fehlbedarf werde vom Landkreis respektive der Regierung von Niederbayern angemietet. Einer der von der Gemeinde zur Verfügung gestellten Container werde als Büro/Aufenthaltsraum der Security genutzt. Die Lieferzeit der zusätzlichen Container beträgt laut Bürgermeister ca. 15 bis 20 Wochen, Fertigstellung der Anlage sollte somit etwa im August sein. Die Betreuung der Geflüchteten erfolge insbesondere durch die „Kümmerer“ des Landkreises (im Rahmen des Möglichen) und die Caritas-Asylberatung. Wie die Betreuung konkret aussieht, kann man nicht sagen, da man nicht weiß, wer letztlich in den Containern unterkommen wird und welche Bedarfe sich auftun. Der Begriff „Flüchtling“ umfasst alle Personengruppen, die in den Landkreis kommen bzw. zugewiesen werden.

### **Mangelnde Alternativen**

In weiteren Diskussionspunkten ging es um den Standort (Ecke Gewerbegebiet, Nähe Kläranlage und Wertstoffhof), um mögliche Alternativen und um die Kosten. Nach Auskunft des Bürgermeisters gebe es den idealen Standort nicht. Die Kosten für die Nutzung der Containeranlage seien nicht von der Gemeinde zu tragen. Ein Rückbau der gesamten Anlagen sei problemlos zu bewerkstelligen, wenn die Nutzung nicht mehr erforderlich ist.

In diesem Zusammenhang betonte der Bürgermeister noch einmal: „Die Landkreise bzw. die Kommunen sind für die Unterbringung zuständig. Wenn die Gemeinden keine Plätze schaffen, können dafür auch Turnhallen genutzt werden, das wollen wir sicherlich nicht. Und wenn jemand eine freie Baufläche von privater Seite anbietet, z.B. mitten in einem Wohngebiet, wollen wir das sicher auch nicht. Die Unterbringung von Flüchtlingen ist eine gemeinsame kommunale Pflichtaufgabe der Gemeinden mit dem Landkreis. Wir müssen zusammenhalten und jede Gemeinde soll/muss dazu ihren Beitrag leisten.“ Laut Bürgermeister sei bei Bedarf eine Infoveranstaltung mit Landrat Bumeder möglich. Darüber hinaus solle ein freiwilliger Helferkreis gebildet werden. Wer hier mitarbeiten möchte, sollte sich an die Gemeinde wenden. Nach ausführlicher Diskussion beschloss der Gemeinderat bei nur einer Gegenstimme, dem Antrag auf Errichtung einer Wohncontaineranlage zur vorübergehenden dezentralen Unterbringung von bis zu 40 Geflüchteten in Kronwieden, Isarstraße 21, zuzustimmen. Die anderen zur Abstimmung stehenden Bauanträge wurden einstimmig gebilligt. Weiterhin wurde der Rat über die bereits an die Genehmigungsbehörde weitergeleiteten Bauanträge

informiert, die der Genehmigungsfreistellung unterliegen.

**Fundtierpauschale wird verdoppelt**

In Abstimmung mit den Bürgermeistern aller Landkreiskommunen soll auf Antrag des Tierheims Passbrunn die Fundtierpauschale ab 2023 von bisher 75 Cent je Einwohner auf jetzt 1,50 € je Einwohner angepasst werden. Die letzte Anpassung datiert von Oktober 2010. Das Defizit beim „Zweckbetrieb Fundtiere“ hat sich von ca. 37.000 € im Jahr 2020 auf über 126.000 € im vergangenen Jahr 2022 erhöht. Der Grund sind insbesondere höhere Tierarzt- und Personalkosten. Wegen Corona sind viele Ehrenamtliche „weggebrochen“. Die Versorgung von Fundtieren sei eine kommunale Pflichtaufgabe und wenn man kein Tierheim habe, das diese Aufgabe übernimmt, müsse sich die Gemeinde selbst um die Fundtiere kümmern und diese vorschriftsgemäß versorgen, so Schusters Resümee. Einigkeit herrschte dahingehend, dass man durch die Mehrzahlung das dahinterstehende grundlegende Problem nicht lösen werde, jedoch habe man mit dem Tierheim Passbrunn einen verlässlichen Partner, der diese kommunale Pflichtaufgabe kompetent und professionell für die Gemeinden übernimmt. Nach kurzer Aussprache stimmte der Rat der unabweisbaren Erhöhung der Fundtierpauschale einstimmig zu.